NIEDERSCHRIFT StuB/0014/2022

über die Sitzung des **Stadtentwicklungs- und Bauausschusses** am 09.06.2022 im Sitzungssaal **des Rathauses**.

Vorsitzender:

Herr Peter Rose

Ausschussmitglieder:

Frau Ann Katrin Meinert-

Vormann

Herr Thomas Schulze Temming

Herr Franz Josef Schulze Thier Vertretung für Frau

Tatiana Holtmann

Frau Dagmar Caluori Vertretung für Frau Dr. Anne Monika

Spallek

Herr Christof Peter-Dosch Herr Thomas Walbaum Herr Frank Wieland

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NRW:

Herr Dieter Brall Herr Andreas Groll Herr Dr. Rolf Sommer

Gast:

Herr Niels Geuking

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks

Herr Stefan Holthausen Frau Michaela Besecke Herr Holger Dettmann Frau Ann-Kathrin Rahe

Schriftführerin:

Frau Ute Höning

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr Ende der Sitzung: 22:00 Uhr

Der Vorsitzende Herr Rose stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

Gastronomiekonzept für die Stadt Billerbeck hier: Vorstellung eines Steuerungskonzeptes für die Gastronomie in der Stadt Billerbeck

Der Vorsitzende Herr Rose bittet Frau Besecke den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage kurz zu erläutern.

Im Anschluss daran übernimmt Frau Ruhr (Stadt + Handel, Dortmund) die Vorstellung des erarbeiteten Konzeptes (s. auch Ratsinformationssystem). Anhand eines Beispieles (Bistro im Gartencenter) erläutert Frau Ruhr abschließend die Anwendung der genannten Attribute.

Frau Ruhr betont, dass die Kommunikation mit den Gastronomen vor Ort – also den bestehenden Betrieben – ebenso wichtig sei, um eventuell eine Optimierung bzw. Attraktivitätssteigerung der Gastronomiebetriebe zu erzielen.

Herr Peter-Dosch nimmt Bezug auf das erläuterte Beispiel von Frau Ruhr und stellt fest, dass anhand der erarbeiteten Attribute viele Fragestellungen – hinsichtlich Details der Ausstattung offenbleiben. Schwierig sei genau in diesem geschilderten Fall (Gartencenter) was kann gestattet werden und was nicht. Anträge in dieser Art müssten auf jeden Fall in diesem Ausschuss diskutiert werden.

Herr Walbaum weist hinsichtlich der Gastronomieentwicklung darauf hin, dass vor allem in diesem Bereich Personalmangel ein riesiges Problem darstelle.

Zu bedenken ist ebenso, dass die Gastronomie so gestaltet werden sollte, dass mobilitätseingeschränkte Menschen diese auch nutzen können. Die Gestaltung - mit z.B. Stehtischen bzw. Hockern - sollte bei der Planung für Gastronomiebetriebe überdacht werden.

Im Anschluss meldet sich Herr Schulze Temming zu Wort und bekundet, dass dieses Konzept eine gute Grundlage für weitere Beratungen bzw. Entwicklungen sein kann.

Auf Nachfrage von Herrn Groll – hinsichtlich des vorgenannten Beispiels (Gastronomie in einem Gartenfachmarkt) bewertet Frau Ruhr ein solches Vorhaben als Erlebnisgastronomie. Eine Detailprüfung sei in jedem Fall immer erforderlich.

Frau Dirks bestätigt ebenso eine Detailprüfung und Einzelfallentscheidung. Zu prüfen seien immer die Impulse, die gesendet werden, die Zielgruppe, die angesprochen werden soll sowie ein eventueller Bedarf, z.B. bei einer Trendgastronomie, wie z.B. Shisha-Bar.

Frau Ruhr stellt fest, dass die Gastronomieansiedlung das Ziel dieses

Konzeptes sei - immer in Abstimmung und Kommunikation mit den bestehenden Betrieben.

Herr Brall bittet darum, nicht den Eindruck zu erwecken, dass durch das Konzept eine Steuerung der Betriebe erfolgen werde, sondern eine Förderung für diese Betriebe das Ziel sei. Frau Dirks bemerkt das es Ziel dieses Konzeptes sei, die Gastronomielandschaft positive zu steuern.

Abschließend Frau Besecke erläutert den Beschlussvorschlag und der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Das vorgestellte Konzept wird öffentlich ausgelegt und der Öffentlichkeit und den genannten Kammern und Verbänden Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Stimmabgabe: einstimmig

2. Nachnutzung der Immobilie/des Grundstückes des bisherigen Feuerwehrgerätehauses an der Mühlenstraße

Frau Besecke erläutert anhand der Sitzungsvorlage und der zur Verfügung gestellten Matrix den Vorschlag der Verwaltung.

Herr Schulze Temming weist darauf hin, dass die Beratungen der CDU und FDP zusammen detalliert durchgeführt wurden und bereits eine Gewichtung vorgenommen haben. Grundsätzlich stimmen die Fraktionen mit dem Vorschlag der Verwaltung zur Wohnnutzung als Hauptziel überein. Lediglich hinsichtlich der sozial geförderten Wohnnutzung schlägt Herr Schulze Temming vor, diesen Anteil auf 15 % abzusenken (Gewichtung hier 10 Punkte). Zur Durchmischung mit wohnverträglichen Nutzungen werden keine weiteren Vorschläge geäußert (Gewichtung hier mit 5 Pkt.). Zur Art und zum Maß der baulichen Nutzung wird der Vorschlag gemacht, über eine dreigeschossige Bebauung nachzudenken, wenn es städtebaulich vertretbar wäre und dann eventuell mit Flachdachgestaltung (Gewichtung 10 Pkt.).

Frau Besecke erläutert, dass zunächst nur die Entwicklungsziele und Vorgaben geklärt werden müssen und eine Gewichtung noch nicht erforderlich ist. Die Bewertungskriterien können im Anschluss beraten werden.

Herr Wieland gibt zu bedenken, nicht zu viele Vorgaben zu machen, um einen möglichen Investor nicht abzuschrecken.

Frau Dirks bekräftigt die Aussage von Frau Besecke, dass hier und heute eine Verständigung hinsichtlich der Ziele bzw. Vorgaben erreicht werden soll, um das Verfahren voran zu bringen. Im Anschluss hieran nimmt Herr Peter-Dosch für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen Stellung zu den Entwicklungszielen. Beim Thema "Barrierefrei und stufenlos" kritisiert er, dass dieses nicht "behindertengerecht" sei. Die richtige Bezeichnung sei für weitere Planungen sehr wichtig. Wichtig sei des Weiteren, dass der Anteil an sozial gefördertem Wohnraum bei mind. 25 oder 30 % anzustreben sei. Hinsichtlich der Errichtung "kleiner Haushalte" gibt Herr Peter-Dosch zu bedenken, dass entsprechend viele Stellplätze benötigt werden. Er schlägt vor, neben kleinen auch größere Wohnungen für Familien zu berücksichtigen. Des Weiteren sei neben Wohnnutzung auch ein sehr wichtiges Thema die Nachhaltigkeit - nicht nur bezogen auf das Gebäude und den Betrieb des Gebäudes, sondern auch im Hinblick auf die Mobilität. Die Bundesförderung "Effiziente Gebäude" wird neu ausgerichtet. Voraussichtlich wird Ende des Jahres eine neue Richtlinie herauskommen, deren Schwerpunkt der Gebäudeförderung im Neubau die "Nachhaltigkeit" sein wird. Ohne Nachhaltigkeit wird es künftig "0" Förderung geben. Künftig wird es nur noch für Gebäude mit QNG-Siegel (Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude) eine Förderung geben. Aus diesem Grunde sollte auf jeden Fall dieses Thema mit Berücksichtigung finden. Bei den heutigen Baupreisen ist ein Neubau ohne eine solche Förderung fast nicht mehr möglich. Herr Peter-Dosch betont abschließend, dass die Antragstellung – durch die Erarbeitung von Tools – durchaus vereinfacht wurde.

Frau Besecke erläutert, dass keine Vergabe stattfinden wird, ohne dass eine Förderkulisse gefunden wurde. Nochmals weist Frau Besecke darauf hin, dass hier zunächst die Entwicklungsziele abzustecken sind.

Herr Peter-Dosch nimmt zur Durchmischung mit wohnverträglichen Nutzungen insofern Stellung als das auch seitens seiner Fraktion die Gestaltung mit Staffelgeschoss und Flachdach angeboten werden solle – grade im Hinblick auf eine mögliche Dachbegrünung und unter dem Nachhaltigkeitsaspekt sowie Klima. Vorstellbar ist wie von der Verwaltung vorgeschlagen die Berücksichtigung von z.B. Dienstleistern.

Seitens der SPD schlägt Herr Walbaum vor, das Gebäude zu erhalten und eine Kunsthalle mit Café zu errichten. Der Auftrag soll der Kulturförderung dienen, die der Billerbecker Bevölkerung zu Gute kommen könnte. Die ehem. Fahrzeughallen könnten z.B. als Ausstellungs- oder Veranstaltungshallen genutzt werden. Die vorhandenen Wohnungen könnten für Workshops oder Kursangebote genutzt werden. Des Weiteren schlägt Herr Walbaum wegen der unmittelbaren Nähe zur Berkel und zum Wasserrad vor, ein Naturschutzzentrum "Obere Berkel" einzurichten. Ein Umbau als barrierefreies Gebäude wäre darüber hinaus wünschenswert. Für die ehem. Fahrzeughallen könne er sich als Nachnutzung die Durchführung von Ausstellungen bzw. die Durchführung von Workshops vorstellen. Ein Ziel könnte die Nachbildung in Form eines detaillierten Modells des Berkellaufes sein, z.B. auch als Schulprojekt. Die Errichtung eines Cafés wäre auch hier denkbar.

Hinsichtlich des Zieles einer 50%-igen Barrierefreiheit ist dieses seitens der SPD Fraktion zu wenig – wünschenswert wären hier 80 %, um die Inklusion zu berücksichtigen.

Anschließend äußert sich Herr Wieland zum vorgenannten ersten Vorschlag – das Gebäude zu erhalten und einen Investor zu finden, der eine vernünftige Nachnutzung des Objektes plant. Allerdings sollten für mögliche Investoren nicht zu viele Vorgaben gemacht werden. Er betont die Sichtweise der FDP kleinere Wohnungen zu errichten, die bezahlbar sein müssen. Hinsichtlich der vorgeschlagenen Mischung – seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht Herr Wieland Konfliktpotential. Offenbleiben sollte nach wie vor, ob das Gebäude ganz oder teilweise erhalten bleibt. Ziel sollte sein, einen hohen Ertrag zu erzielen, da die Haushaltslage momentan doch sehr angespannt ist.

Bezugnehmend auf die Vorschläge der SPD fragt Herr SchulzeTemming nach, ob die Erhaltung des Gebäudes in Augen der SPD unabdingbar sei. Seitens der CDU stehe fest, dass eher eine Vermarktung des Grundstückes das Ziel sein sollte.

Diesem Ziel widerspricht Herr Walbaum. Für die SPD Fraktion meldet sich Herr Brall zu Wort und betont, dass wesentliche Teile des Gebäudes erhalten und mit neuem Leben gefüllt werden sollten. Eine Aussage, ob und wenn ja wie das Gebäude erhalten werden soll – bei Wohnnutzung ist eine Neuerrichtung in seinen Augen unumgänglich. Die Idee der SPD Fraktion sei, soviel wie möglich des Gebäudes zu erhalten.

Frau Besecke betont nochmals, dass der Erhalt oder Abriss des Gebäudes bis zum Investorenwettbewerb offengehalten werden sollte.

Frau Dirks bekräftigt dieses ebenso, da mögliche Investoren Ideen haben könnten, die seitens der Verwaltung und/oder des Ausschusses noch nicht ins Auge gefasst wurden. Hinsichtlich der Vorschläge der SPD betont Frau Dirks, dass in Billerbeck sehr viele öffentliche Flächen und Gebäude vorhanden sind. Der geschilderte Bedarf – falls vorhanden – könne in bereits bestehenden Gebäuden angesiedelt werden. Flächen bedeuten auch immer Bewirtschaftungs- und Folgekosten und der Haushalt müsse nunmal auch im Blick gehalten werden.

Bezugnehmend auf das Ziel, die Kultur auszubauen weist Herr Groll auf die Unterbringung von kulturellen Vereinen und Verbänden hin und schlägt vor, die bereits vorhandenen ortsansässigen Gruppen, z. B. das Blasorchester zu vorrangig zu berücksichtigen. Des Weiteren hinterfragt Herr Groll zum wiederholten Male, wer das Gebäude von innen schon einmal gesehen hat. Fehlende Informationen über den tatsächlichen Zustand des Gebäudes erschweren in seinen Augen eine mögliche Entscheidungsfindung. Die zwingende Notwendigkeit, das Gebäude so zu erhalten wird sehr kritisch gesehen.

Mit einer Anregung hinsichtlich der Systematik der Vorgehensweise äußert Herr Peter-Dosch Bedenken hinsichtlich der Festlegung von Vorgaben für ein Investorenverfahren. Vorgeschlagen wird die Einschaltung eines Planungsbüros, welches die fachlichen Grundlagen erarbeitet.

Herr Rose stellt klar, dass hier nur die grobe Richtung – in diesem Fall

"Wohnungen schaffen" festgelegt werden soll. Gut wäre, wenn ein sogenannter "Wohnungstauch zwischen Alt und Jung" vorangetrieben werden könnte.

Zusammenfassend hält Frau Besecke Folgendes fest:

- Im Vordergrund steht die Wohnnutzung mit unterschiedlichen Wohnformen.
- Hinsichtlich der rollstuhlgerechten Wohnungen herrscht noch keine Einigkeit über die Prozentzahl der möglichen Wohnungen
- Der sozial geförderte Wohnungsbau sollte zw. 15 und 25 % betragen.
- Eine Durchmischung soll zugelassen werden kulturelle bzw. bildungsfördernde Einrichtungen.
- Überlegungen hinsichtlich der Zulassung eines Staffelgeschosses mit Flachdach muss im weiteren Verfahren (Bebauungsplanentwurf) geklärt werden.

Herr Schulze Temming nimmt nachfolgend Stellung zu den weiteren Schwerpunkten und teilt mit, dass seitens der CDU keine weiteren Ergänzungen gemacht werden.

Frau Caluori weist darauf hin, dass kein Zeitdruck hinsichtlich des gesamten Verfahrens bestehe und in diesem Ausschuss die Vorgaben erarbeitet werden sollten.

Nachfolgend beantragt Herr Schulze Temming eine Sitzungsunterbrechung – worüber Herr Rose abstimmen lässt.

Stimmabgabe:	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	5		
Bündnis90/Die Grünen		3	
SPD		2	
FDP	1		

Die Sitzungsunterbrechung dauert von 19.53 Uhr bis 20.01 Uhr.

Herr Wieland teilt mit, dass die gesammelten Kriterien – wie von Frau Besecke zusammengefasst – in die Matrix mit aufgenommen werden können. Fraglich ist für ihn, was bis zur nä. Sitzung nun passiert und wann die Bürger über eventuelle Nachnutzungsmöglichkeiten informiert.

Frau Besecke betont, dass die Erarbeitung der Ziele / Vorgaben ein erster Schritt ist. In der nä. Sitzung soll über die vorgenannten Ergänzungen nochmals beraten werden, um dann im HFA zu beraten, wie mit dem Grundstück weiter umzugehen ist. Eine externe Expertise ist definitiv sinnvoll.

Frau Dirks erklärt, dass die Vorgaben festgelegt werden müssten, um später bei den Schwerpunkten eine Gewichtung vornehmen zu können. Gestaltung und Grundriss sind z.B. wichtige Elemente.

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilt Frau Caluori mit, dass in ihrer Fraktion noch keine Gewichtung / Punktvergabe vorgenommen worden ist. Der Auftrag lautete doch, was soll in der Matrix berücksichtigt werden. Nochmals bekräftigt Frau Caluori die Meinung, dass keine Eile in dieser Sache bestehe und eine Entwicklung Zeit in Anspruch nehmen. Zudem werden Neuerungen kommen, die beachtet werden müssen.

Nachfolgend stellt Herr Walbaum fest, dass er nicht der Meinung von Herrn Wieland sei, dass diese Sitzung kein Vorankommen erzielt hat, da die SPD Fraktion ihre Vorstellungen bekundet hat. Er stimmt Frau Caluori zu, dass kein Zeitdruck bestehe.

Herr Rose bekräftigt, dass in diesem Ausschuss jedes Mitglied seine Meinung sachlich und zielorientiert äußern kann.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nimmt Herr Peter-Dosch Stellung zu den Schwerpunkten:

- Stellplatz
- Mobilität
- Mobilitätsmanagement

Viele kleine Wohnungen hätten ein sehr großen Stellplatzbedarf zur Folge – dies wird nicht gewünscht.

Wünschenswert für diese Gebäude wäre ein Konzept zum Carsharing innerhalb des Mobilitätskonzeptes zu entwickeln, um den Bau von Stellplätze zu reduzieren.

Interessant wäre auch die städtebauliche Qualität des Aufenthaltsbereiches – Stichwort Müll. Andere Lösungen, z.B. Müllcontainer unterirdisch wären durchaus denkbar.

Im Kontext Umfeldqualität sollten Begegnungsflächen für das kleine Quartier geschaffen werden.

Zum Schwerpunkt Ökologie erübrigen sich ab dem nächsten Jahr Vorgaben. Sinnvoll wäre das Thema Klimafolgeanpassungen – wie kann Regenwasser zurückgehalten werden (Regenwassermanagement), Begrünung Dach und Fassade – mit aufzugreifen.

Abschließend wird insofern eine Einigung erzielt, dass zunächst noch einmal im Stadtentwicklungs- und Bauausschuss beraten und dann im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt wird.

Hinweis: Die ergänzte Matrix steht im Ratsinformationssystem zur Verfügung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt auf Grundlage der erarbeiteten **und in der heutigen Sitzung durch die Fraktionen ergänzten** Matrix eine weitere Ausdifferenzierung der Kriterien und Gewichtung als weitere Diskussionsgrundlage vorzubereiten.

Stimmabgabe: einstimmig

3. Straßenendausbau im Neubaugebiet "Am Freibad"

Herr Dettmann erläutert den Sachverhalt anhand der Sitzungsvorlage und hebt hervor, dass die bislang geplante Mulde ca. 55 qm entsiegeln würde – das vorgeschlagene zusätzliche Beet allerdings nur 12,5 qm umfasst. Eine eventuelle Baumpflanzung – hoher großkroniger Baum – würde aber aufgrund der Einengung nie eine größere Wuchshöhe als 10 – 12 m erreichen. Im Vergleich zur Entwässerungsmulde wäre dieser ökologisch gleichwertig.

Herr Peter-Dosch fragt diesbezüglich nach, ob der Schwerpunkt der Kritik der Anwohner die Bewertung der Entwässerungsmulde war oder die Tatsache der Ausführung der wassergebundenen Decke hinsichtlich des Weges.

Herr Dettmann antwortet, dass grundsätzlich die Unterhaltungspflicht des Weges maßgeblich für den Wunsch der Anlieger nach kompletter Pflasterung des Weges ist. Somit soll anstelle der Mulde eine 30 cm breite Rinnenführung zur Wasserableitung hergestellt werden.

Daraufhin erkundigt sich Herr Peter-Dosch, ob eine Ausführung in Öko-Pflaster kombiniert mit einer Mulde möglich sei.

Herr Dettmann erklärt, dass die Dolomitbauweise gut wasserdurchlässig sei – an manchen Stellen aber auch betonhart sein könne. Es gibt andere Möglichkeiten, die eine dauerhafte Wasserdurchlässigkeit versprechen. Untersuchungen zur dauerhaften Durchlässigkeit von Ökopflaster zeigen, dass nur eine dauerhaft gute Pflege diese Wasserdurchlässigkeit auch gewährleistet.

Nochmals fragt Herr Peter-Dosch nach, ob nicht eine Kombination aus Mulde und wassergebundene Decke denkbar wäre. Herr Dettmann stellt klar, dass eine Mulde keinesfalls seitens der Anlieger gewünscht wird. Dieses hängt zusammen mit der bestehenden Heckenpflanzung und deren Pflege. Dennoch sei auch den Anliegern das Versiegelungsthema wichtig und daher der Vorschlag mit dem zusätzlichen Beet – unterhalb des Weges.

Herr Groll nimmt Bezug auf die in der vorherigen Sitzung angesprochenen Idee – die Entwässerung in ein Beet laufen zu lassen – hier wäre eine natürliche Versickerung des Regenwassers gegeben. Sein Vorschlag diesbezüglich ist, an dem Weg zwei Beete einzurichten, in die jeweils eine Rinne zur Versickerung reinläuft.

Herr Dettmann bestätigt, dass die geschilderte Variante möglich wäre. Bei Starkregenereignissen wäre jedoch schnell eine Sättigung gegeben.

Frau Caluori erinnert an die Ereignisse des Ahrtales und die Wetterextremitäten (Hitzeperioden – Starkregenereignisse). Wünschenswert ist nicht mehr versiegelte Fläche zu schaffen, als unbedingt nötig. Zumutbar ist durchaus, dass die Pflege seitens der Anwohner gewährleistet wird, weil es ökologisch die beste Variante sei. Ökologie sollte nicht mehr verhandelbar sein.

Im Anschluss meldet sich Herr Schulze Temming und erinnert an den vorherigen Beschlussvorschlag, der explizit den Anwohnern Gehör geschenkt werden sollte.

Frau Dirks entgegnet, dass allerdings nicht die Anlieger die Entscheidung über die Ausführung des Weges treffen, sondern letztendlich der Ausschuss entscheidet.

Der Vorsitzende Herr Rose erörtert, dass der Dolomitsand genauso einen schlechten Abfluss haben wird wie eine Betonsteinpflasterung. Zu viel Wasser wird in jedem Fall oberirdisch abfließen.

Seitens der Fraktion Bündnis90/Die Grünen meldet sich Herr Sommer zu Wort und stellt fest, dass die entscheidende Frage Mulde oder nicht Mulde sei. Die Mulde mache den Unterschied. Aus ökologischen Gründen solle die Mulde aufgrund der Versickerungsleistung definitiv berücksichtigt werden.

Herr Dettmann bestätigt die vorherige Aussage insofern, dass die Mulde ein normales Regenereignis gut aufnehmen und versickern könne. Bei mehrtägigen Dauerregenereignissen ist diese allerdings ebenso gesättigt. Auf der anderen Seite bietet dieses zusätzliche Beet einen Regenablauf, welches überschüssige Wassermengen aufnehmen und versickern kann.

Frau Besecke weist hinsichtlich des zusätzlichen Beetes darauf hin, dass der betroffene Anlieger für die Anlage des zusätzlichen Beetes auf einen Stellplatz verzichtet.

Nachfolgend möchte Herr Peter-Dosch wissen, ob die ursprünglich geplante Mulde entlang des komplette Weges auch in gekürzter Form ausführbar sei, z.B. Entwässerung zum Ende des Weges oder zur Mitte der Erschließung. Die vorher genannte Problemtatik mit der Heckenpflege betrifft sicherlich nicht die gesamte Strecke des Weges.

Herr Dettmann betont nochmals, dass dieses nicht der Wunsch der Anlieger sei. Die Einrichtung des zusätzlichen Beetes würde nur dann erfolgen, wenn der Weg in Pflaster ausgeführt werde. Weiterhin hat Herr Dettmann die Anwohner darauf hingewiesen, dass die Beetgestaltung einen größeren Baum vorsehe.

Zusammenfassend stellt Herr Groll fest, dass die Anwohner sich gute Gedanken gemacht haben und der Vorschlag ihrerseits einen Kompromiss enthalte. Ebenso betont Herr Wieland, dass die Anwohnerbeteiligung als durchaus positiv zu bewerten ist. Hinweisend erwähnt Herr Wieland nochmals die Möglichkeit, versickerungsfähiges Pflaster zu verwenden – hierzu ergänzt Herr Rose, dass die Errichtung eines Notüberlaufes in jedem Fall gegeben sein muss.

Abschließend erörtert Herr Dettmann die weitere Vorgehensweise:

- Ende Juni Ausschreibung / Submission auf den Weg bringen
- Ende Juli Submission
- 16.08.2022 GIWO Sitzung / Auftragsvergabe

Beschluss:

Zu der vorgestellten geänderten Ausbauplanung wird mit folgender Ergänzung die Zustimmung erteilt. Die Feuerwehrdurchfahrt wird mit sickerfähigem Pflaster ausgebildet. Der Endausbau kann ausgeschrieben werden.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Mitteilungen

Keine.

5. Anfragen

5.1. Markierung Parkplätze Am Baumgarten - Herr Wieland

Herr Wieland fragt nach, ob und wann die Markierung der Parkplätze Am Baumgarten erfolgt.

Frau Dirks entgegnet, dass der Auftrag an das Ordnungsamt weitergegeben wurde.

5.2. Beschilderung Annettestraße - Herr Groll

Herr Groll fragt nach, wie es mit der Beschilderung an der Annettestraße aussieht.

Frau Dirks entgegnet, dass dieses in Vorbereitung sei. Die Tempo 30 Zone wird entsprechend versetzt. Die neue Annettestraße wird somit zur Tempo 30 Zone gehören. Sobald die Anordnung zugeht, wird dieses umgehend seitens der Verwaltung umgesetzt.

5.3. Fußweg Auperts Kapelle - Herr Walbaum

Herr Walbaum berichtet von einem Vorfall in diesem Bereich be idem ein Fahrradfahrer aus der Bernhardstraße kam und ihn als Rollstuhlfahrer beinahe umgefahren hätte. Dieser kam mit unverminderter Geschwindigkeit auf den Fußweg, welcher eigentlich nicht für Radfahrer gedacht sei. Die aufgestellten Fußgängerschilder wurden in diesem Fall nicht beachtet. Herr Walbaum fordert hinsichtlich dieser Gefahrenlage eine Lösung. Diese könnte durch Schließung des Weges erfolgen oder ggfls. durch Aufstellung eines Spiegels.

Frau Dirks antwortet, dass diese Gefahrenstelle bekannt sei und der Vorschlag, einen Spiegel anzubringen, weitergegeben wird.

5.4. Barrierefreie Querung Johannis Kirchplatz - Herr Walbaum

Herr Walbaum möchte wissen, wann die barrierefreie Querung des Johannis Kirchplatzes fertig gestellt sei.

Herr Holthausen antwortet, dass noch keine abschließende Förderzuoder -Absage seitens der Städtebauförderung vorliegt. Vielmehr deutet sich an, dass die Stadt in der aktuellen Tranche nicht zum Zuge kommen wird.

Auf Nachfrage, weswegen dies nicht extern kommuniziert wird muss mitgeteilt werden, dass bislang nur mündliche Aussagen hierzu vorliegen und eine Verschiebung von Mitteln aus anderen Regierungsbezirken auf Ebene der Bezirksregierungen noch zur Diskussion steht. Insofern kann Billerbeck ggf. doch noch in diesem Jahr profitieren. Ansonsten muss ein neuer Anlauf mit gleichen Straßen im folgenden Jahr erfolgen.

5.5. Absenkung Bürgersteig Baumgarten - Herr Brall

Herr Brall fragt nach, wann die Absenkung des Bürgersteiges Baumgarten erfolgt.

Herr Holthausen teilt mit, dass der Auftrag erteilt wurde.

Hinweis:

Ergänzend wird mitgeteilt, dass sich der Bauhof und das Tiefbauamt die Situation vor geraumer Zeit angesehen haben. Der Auftrag wurde der Fa. Steinbrecher erteilt und soll schnellstmöglich ausgeführt werden.

Peter Rose Vorsitzender Ute Höning Schriftführerin